

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einleitung	1
------------------	---

<i>A. Die Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union</i>	<i>2</i>
---	----------

I. Der Schutz der Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts	3
II. Die Verpflichteten der Gemeinschaftsgrundrechte	5
III. Die dogmatischen Grundlagen der Grundrechtsjudikatur des EuGH	6
1. Der gemeinschaftsrechtliche Grundrechtsschutz gegenüber der Gemeinschaftsgewalt	7
2. Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Gemeinschaftsgrundrechte	8
IV. Der Grundrechtsschutz nach dem Vertrag von Lissabon	10

<i>B. Die Koordination des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union unter Berücksichtigung seiner einzelstaatlichen Ausprägungen</i>	<i>11</i>
---	-----------

<i>C. Gegenstand und Gang der Untersuchung</i>	<i>13</i>
--	-----------

Teil 1: Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts	15
--	----

<i>A. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich des Europäischen Sekundärrechts – Verordnungen</i>	<i>17</i>
--	-----------

I. Die grundrechtskonforme Auslegung und Anwendung von Verordnungen	17
--	----

1. Die Anwendung und Auslegung von Verordnungen	18
2. Die Ausfüllung von sekundärrechtlichen Ermessensspielräumen.....	19
II. Die grundrechtskonforme Auslegung und Anwendung des kumulativ anwendbaren nationalen Rechts	19
III. Die normative Ergänzung von Verordnungen	21
IV. Die Argumente für eine Grundrechtsbindung bei der Durchführung von Verordnungen	22
V. Zwischenergebnis	24
<i>B. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich des Europäischen Sekundärrechts – Richtlinien</i>	24
I. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Richtlinien	25
1. Die Durchführung von Richtlinien im Allgemeinen	25
a. Die Pflicht zur grundrechtskonformen Richtlinienumsetzung....	26
b. Die Gemeinschaftsgrundrechte als Grenze der richtlinienkonformen Auslegung des nationalen Rechts	27
c. Die Argumente gegen und für eine Grundrechtsbindung bei der Durchführung von Richtlinien	28
aa. Die Ablehnung einer Grundrechtsbindung im Rahmen von sekundärrechtlichen Umsetzungsspielräumen	29
bb. Die gemeinschaftsrechtliche Veranlassung und die Bindung an das Richtlinienziel	30
cc. Die Durchführung von Richtlinien als Ausübung funktionaler Gemeinschaftsgewalt.....	31
2. Insbesondere die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich der sekundärrechtlichen Mindestharmonisierung	32
a. Die Rechtssache <i>Booker Aquacultur</i>	33
aa. Die Grundrechtsprüfung durch den Generalanwalt und durch den Europäischen Gerichtshof	34
bb. Die Möglichkeit einer Grundrechtsbindung im Bereich der Mindestharmonisierung	34
b. Die Rechtssache <i>Karner</i>	35
aa. Die Entscheidung des Gerichtshofs	36
(1) Die Vereinbarkeit von § 30 Abs. 1 UWG mit der Richtlinie 84/450/EWG	37
(2) Die Vereinbarkeit von § 30 Abs. 1 UWG mit der Warenverkehrsfreiheit	37
(3) Die Vereinbarkeit von § 30 Abs. 1 UWG mit der Meinungsfreiheit	37
bb. Die Einordnung der Grundrechtsprüfung in der Rechtssache <i>Karner</i>	38
(1) Die Warenverkehrsfreiheit als möglicher Anknüpfungspunkt für die Grundrechtsprüfung	38

(2) Artikel 7 der Richtlinie 84/450/EWG als möglicher Anknüpfungspunkt für die Grundrechtsprüfung.....	39
(3) Mögliche Rückschlüsse auf die Grundrechtsbindung im Falle der Mindestharmonisierung.....	39
c. Die Rechtfertigung einer umfassenden Grundrechtsbindung im Bereich der sekundärrechtlichen Mindestharmonisierung....	41
aa. Argumente für eine Anwendung der Gemeinschaftsgrundrechte.....	41
bb. Die Rechtsprechung zur Anwendbarkeit des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im Bereich der Mindestharmonisierung	42
(1) Die Ablehnung einer Prüfung der Verhältnismäßigkeit in den Rechtssachen <i>Borsana</i> und <i>Deponiezweckverband Eiterköpfe</i>	43
(2) Das Erfordernis einer Vereinbarkeit mit dem Vertrag	44
(3) Das Fehlen eines entgegenstehenden Rechtsgrundsatzes als Bezugspunkt für eine Verhältnismäßigkeitsprüfung	45
cc. Zwischenergebnis – Die weitgehende Unabhängigkeit der Grundrechtsbindung von der inhaltlichen Ausgestaltung des Sekundärrechtsakts	46
3. Die rechtsaktspezifischen Voraussetzungen für die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Richtlinien	47
a. Die Grundrechtsbindung nach Ablauf der Umsetzungsfrist	47
b. Die Grundrechtsbindung vor Ablauf der Umsetzungsfrist	48
aa. Die Richtlinienumsetzung vor der Zeit.....	49
bb. Vorwirkungen von Richtlinien	51
II. Kompetenzrechtliche Grenzen der Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten.....	53
1. Gemeinschaftsrechtlicher Grundrechtsschutz durch Sekundärrechtssetzung?.....	53
a. Rechtssetzungskompetenzen der Gemeinschaft im Bereich des Grundrechtsschutzes	54
aa. Die Ablehnung einer allgemeinen Kompetenz auf dem Gebiet der Menschenrechte im Gutachten 2/94 zum EMRK-Beitritt	54
bb. Die Zulässigkeit des sekundärrechtlichen Grundrechtsschutzes bei der Ausübung der bestehenden Sachkompetenzen der Gemeinschaft	55
(1) Der Grundrechtsschutz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft	56
(2) Die sekundärrechtlichen Gewährleistung von Grundrechtsschutz zur Realisierung des Binnenmarktes am Beispiel der Richtlinie 95/46/EG	57
b. Die Grenzen der Rechtssetzungskompetenz und ihre Auswirkung auf die Anwendung des sekundären Gemeinschaftsrechts	59
aa. Die sachliche Ausgangslage in den Rechtssachen <i>Österreichischer Rundfunk</i> und <i>Lindqvist</i>	60
(1) Datenverarbeitung in Zusammenhang mit einer hoheitlichen Tätigkeit in der Rechtssache <i>Österreichischer Rundfunk</i>	60

(2) Datenverarbeitung im Zusammenhang mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit in der Rechtssache <i>Lindqvist</i>	60
bb. Die Schlussanträge von Generalanwalt <i>Tizzano</i>	61
cc. Die Entscheidungen des EuGH in den Rechtssachen <i>Österreichischer Rundfunk</i> und <i>Lindqvist</i>	62
dd. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Gemeinschaftsgrundrechte im Wege der Sekundärrechtssetzung	63
2. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten bei der Anwendung des nationalen Verfahrensrechts zur Durchführung von Richtlinien	64
a. Die Rechtssache <i>Steffensen</i>	66
aa. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Rechts auf ein Gegengutachten	67
bb. Der Verstoß gegen das Recht auf ein Gegengutachten und das prozessrechtliche Verwertungsverbot	67
b. Die Gemeinschaftsgrundrechte als zusätzliche Grenze der mitgliedstaatlichen Verfahrenautonomie	69
aa. Die Rechtfertigung der Grundrechtsbindung bei der verfahrensrechtlichen Durchführung des Gemeinschaftsrechts	69
bb. Das Verhältnis zwischen Effektivitätsgrundsatz, Artikel 6 EMRK und dem nationalen Gerichtsverfahrensrecht	71
III. Zwischenergebnis	73
 C. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich des Europäischen Sekundärrechts – die Rechtssetzungsinstrumente der PJZS und GASP	74
I. Die verbindlichen Wirkungen von Gemeinsamen Standpunkten und Rahmenbeschlüssen in den Mitgliedstaaten	75
1. Rahmenbeschlüsse (Artikel 34 Abs. 2 lit. b) EUV a.F.)	76
2. Gemeinsame Standpunkte (Artikel 34 Abs. 2 lit. a) EUV a.F.)	78
II. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten bei der Durchführung des sekundären Unionsrechts im Bereich der PJZS	78
III. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich der GASP	81
 D. Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten im Bereich der Grundfreiheiten	82
I. Die Bedeutung der Gemeinschaftsgrundrechte für die Rechtfertigung nationaler Eingriffe in die Grundfreiheiten	82
1. Die Wahrung der Gemeinschaftsgrundrechte als Voraussetzung für die Rechtfertigung nationaler Grundfreiheitseingriffe	83
2. Der Grundrechtsschutz als eingriffsrechtfertigendes Interesse	86
a. Die Anerkennung des Grundrechtsschutzes als rechtfertigendes Interesse	86
aa. Die ausweichende Entscheidung in der Rechtssache <i>Grogan</i>	86

bb. Die mittelbare Berücksichtigung der Meinungsfreiheit in den Entscheidungen zur Pluralismussicherung	88
cc. Die Anerkennung des Grundrechtsschutzes als rechtfertigendes Interesse in der Rechtssache <i>Schmidberger</i>	89
b. Die Einordnung des Grundrechtsschutzes in die Dogmatik der Grundfreiheiten	90
c. Die Grundrechtsausnahme als Unterfall der Bindung an die Gemeinschaftsgrundrechte	92
aa. Keine gemeinschaftsrechtliche Pflicht zur Beschränkung der Grundfreiheiten zum Schutz der Grundrechte	93
bb. Die gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte	94
(1) Das Erfordernis einer gemeinschaftsrechtlichen Anerkennung des geschützten Grundrechts	94
(2) Die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	95
cc. Zwischenergebnis – Die begrenzte Bindungsintensität bei grundrechtsbedingten Eingriffen in die Grundfreiheiten	96
II. Der Grundfreiheitseingriff als Voraussetzung für die Anwendung der Gemeinschaftsgrundrechte	97
1. Die Rechtssache <i>Carpenter</i>	98
a. Die Entscheidung des Gerichtshofs	99
b. Die Bewertung der Grundrechtsprüfung in der Rechtssache <i>Carpenter</i>	100
aa. Die Grundrechtsbeeinträchtigung als Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit	101
bb. Die eingriffsunabhängige Grundrechtsprüfung	102
cc. Die Rechtfertigung der <i>Carpenter</i> -Entscheidung in der besonderen Binnenmarktrelevanz des Grundrechts auf Achtung des Familienlebens	103
2. Die Rechtssache <i>Karner</i>	105
a. Die Auslegung der Rechtssache <i>Karner</i> im Lichte der Rechtssachen <i>Familiapress</i> und <i>Carpenter</i>	106
b. Argumente gegen eine eingriffsunabhängige Grundrechtsprüfung in der Rechtssache <i>Karner</i>	107
c. Die Fortgeltung des Eingriffserfordernisses im Grundsatz	108
III. Die Argumente für und gegen eine Grundrechtsbindung im Bereich der Grundfreiheiten	109
1. Die Ablehnung einer Grundrechtsbindung	110
2. Die Argumente für eine Grundrechtsbindung	111
IV. Zwischenergebnis	114
 E. Die Unionsbürgerschaft und der Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	114
1. Unionsbürgerstatus und Grundrechtsschutz	115

II. Die grundrechtlichen Gewährleistungsinhalte der besonderen Unionsbürgerrechte	116
1. Das allgemeine Freizügigkeitsrecht gemäß Artikel 21 AEUV (ex-Artikel 18 EGV).....	117
a. Die Pflichten des Aufnahmemitgliedstaates	117
b. Die Pflichten des Herkunftsmitgliedstaates.....	119
2. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 18 AEUV (ex-Artikel 12 EGV).....	120
III. Mögliche Ansatzpunkte für eine Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten bei Eingriffen in Unionsbürgerrechte.....	121
IV. Zwischenergebnis.....	123
 <i>F. Zusammenfassende Betrachtung: Die normativen Grundlagen der Bindung der Mitgliedstaaten an die Grundrechte der Europäischen Union</i>	 123
I. Die Grundrechtsbindung bei der Erfüllung sekundärrechtlicher Pflichten.....	124
1. Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten und die Rechtssetzungskompetenzen der Europäischen Union	125
2. Verbindlichkeit und unmittelbare Anwendbarkeit des Sekundärrechts	127
3. Sekundärrechtliche Regelungsdichte und inhaltliche Determination des mitgliedstaatlichen Handelns.....	128
4. Der sachliche Anwendungsbereich des Sekundärrechtsakts.....	129
II. Die Pflicht zur Beachtung der Unionsgrundrechte bei der Beschränkung primärrechtlich gewährleisteter Rechte.....	131
 <i>G. Ausblick: Die Grundrechtsbindung der Mitgliedstaaten nach dem Vertrag von Lissabon.....</i>	 133
I. Die Bedeutung von Artikel 51 GRCh für die Grundrechts- bindung der Mitgliedstaaten nach der Grundrechte-Charta	134
1. Der Wortlaut von Artikel 51 Abs. 1 S. 1 GRCh.....	135
a. Der mögliche Wortsinn des Begriffs der „Durchführung“ des Unionsrechts.....	135
b. Der Begriff der „Durchführung“ des Unionsrechts im Lichte der Grundrechtsjudikatur des EuGH.....	136
2. Die Entstehungsgeschichte von Artikel 51 Abs. 1 GRCh.....	137
a. Die Entstehung von Artikel 51 Abs. 1 S. 1 GRCh im Dialog zwischen Präsidium und Grundrechtekonvent	139

b. Die Berücksichtigung der Grundrechtsjudikatur des EuGH in den Erläuterungen des Präsidiums	142
c. Zwischenergebnis	144
3. Die systematische Auslegung von Artikel 51 Abs. 1 S. 1 GRCh	144
4. Zwischenergebnis	145
II. Die Verantwortung des EuGH für die Konkretisierung und die Konturierung des Geltungsbereichs der Grundrechte-Charta	146

Teil 2: Die Pflicht zur Achtung der nationalen Grundrechte und der Gewährleistungen der EMRK im Anwendungsbereich des Unionsrechts..... 149

<i>A. Der Schutz der Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts aus Sicht der Mitgliedstaaten</i>	<i>150</i>
I. Der Schutz der Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts aus deutscher Sicht	151
1. Die Anforderungen des Grundgesetzes an den Grundrechtsschutz in der Gemeinschaftsrechtsordnung	152
a. Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	152
b. Die Gewährleistung eines „im Wesentlichen vergleichbaren“ Grundrechtsschutzes auf europäischer Ebene	155
aa. Die Forderung nach einem „im Wesentlichen vergleichbaren“ Grundrechtsschutz	155
bb. Die widerlegbare Vermutung eines „im Wesentlichen vergleichbaren“ Grundrechtsschutzes	157
cc. Der Vorbehalt einer Kontrolle des Anwendungsbereichs der Grundrechte-Charta	159
dd. Zwischenergebnis	161
2. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle von innerstaatlichen Vollzugs- und Umsetzungsakten	161
a. Der <i>Emissionshandel</i> -Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	162
b. Die Anwendung der deutschen Grundrechte allein im Rahmen von sekundärrechtlichen Ermessensspielräumen	164
3. Die Erfüllung der grundgesetzlichen Anforderungen an den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union in den Bereichen der PJZS und der GASP	167

a. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	167
b. Die Übertragbarkeit der <i>Solange II</i> -Rechtsprechung auf die PJZS und die GASP	168
aa. Das Umsetzungserfordernis und der Ausschluss unmittelbarer Wirkung	169
bb. Die Anforderungen der <i>Solange II</i> -Rechtsprechung an den Grundrechtsschutz im Bereich der GASP und der PJZS	170
(1) Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	170
(2) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	172
4. Zwischenergebnis	172
II. Der Schutz der Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts aus französischer Sicht	172
1. Die Rechtsprechung des Conseil constitutionnel	175
a. Die präventive verfassungsgerichtliche Kontrolle des europäischen Primärrechts nach Artikel 54 CF	175
aa. Die Verfassung als Prüfungsmaßstab der präventiven Vertragskontrolle	175
(1) Die „conditions essentielles à la souveraineté nationale“	176
(2) Die geringe Bedeutung des Grundrechtsschutzes	177
bb. Die immunité constitutionnelle des traités ratifiés	178
cc. Die mangelnde Bewältigung grundrechtlicher Konfliktlagen	179
b. Die mittelbare verfassungsgerichtliche Kontrolle des europäischen Sekundärrechts	181
aa. Die Einschränkung des Prüfungsmaßstabs auf ausdrücklich entgegenstehende Bestimmungen der Verfassung	183
bb. Die weitere Einschränkung des Prüfungsmaßstabs auf identitätstragende Verfassungsgrundsätze	185
cc. Die Reichweite des Vorbehalts zugunsten identitätstragender Verfassungsgrundsätze	186
2. Die Rechtsprechung des Conseil d’Etat	189
a. Die <i>Arcelor</i> -Entscheidung des Conseil d’Etat	191
b. Die Bewertung der <i>Arcelor</i> -Entscheidung	192
aa. Das Zurücktreten des nationalen Grundrechtsschutzes	192
bb. Das Erfordernis einer effektiven Gewährleistung der nationalen Grundrechte im Gemeinschaftsrecht	193
cc. Die Einrichtung eines Dialogs in Grundrechtsfragen mit dem Gemeinschaftsrichter	196
3. Zwischenergebnis	198
III. Zusammenfassende Betrachtung unter Berücksichtigung der Rechtslage in weiteren Mitgliedstaaten	198
1. Der Vorrang der nationalen Verfassung und der begrenzte Verfassungsvorbehalt	199
a. Der begrenzte Vorbehalt zugunsten der nationalen Verfassung	200
aa. Die Entwicklung der Rechtsprechung in den Mitgliedstaaten	200

bb. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle von innerstaatlichen Vollzugs- und Umsetzungsakten	202
b. Die nationale Kontrolle der übertragenen Zuständigkeiten	204
2. Die nationalen Verfassungsvorbehalte in ihrer Anwendung durch die nationalen Verfassungsgerichte	206
a. Die Gründe für den überwiegend hypothetischen Charakter der nationalen Verfassungsvorbehalte	207
aa. Die institutionelle Ausgestaltung der Verfassungsgerichtsbarkeit	207
bb. Die ausschließlich präventive Prüfung internationaler Verträge am Maßstab der nationalen Verfassung	208
cc. Die inhaltliche Beschränkung auf die Kernprinzipien der nationalen Verfassungen	209
b. Die Vermeidung von Normkonflikten durch die konforme Auslegung des nationalen Verfassungsrechts	212
3. Die gerichtliche Kooperation in der europäischen Grundrechtsordnung	214
a. Die Notwendigkeit eines richterlichen Dialogs in Grundrechtsfragen	214
b. Die Vorlagepraxis der mitgliedstaatlichen Gerichte und ihre tatsächliche Bedeutung für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	215
 B. Die Bedeutung der EMRK für den nationalen Grundrechtsschutz im Anwendungsbereich des Unionsrechts	219
I. Die Europäische Menschenrechtskonvention in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	219
1. Die Bedeutung der EMRK für den nationalen Grundrechtsschutz	220
2. Die nationale Verfassung als Rahmen und Grenze für die innerstaatliche Gewährleistung der Konventionsrechte	222
a. Der Schutz der Konventionsrechte gegenüber den Akten der Legislative	222
b. Die materiellen verfassungsrechtlichen Grenzen für die innerstaatliche Gewährleistung der Konventionsrechte	225
3. Zwischenergebnis	226
II. Die völkerrechtliche Pflicht zur Wahrung der Konventions- rechte bei der Durchführung des Unionsrechts	226
1. Die Entscheidung <i>M&Co./Deutschland</i> der Menschenrechtskommission	227
2. Die Rechtsprechung des EGMR zum Grundrechtsschutz in der Gemeinschaft	228
a. Die bisherige Rechtsprechung des EGMR	229
b. Die <i>Bosphorus</i> -Entscheidung des EGMR	230

c. Die Vermutung eines gleichwertigen Grundrechts- schutzes in der Gemeinschaft durch den EGMR.....	232
aa. Die abstrakte Gleichwertigkeit des Grundrechts- schutzes in der Gemeinschaft.....	232
(1) Das Kriterium der Gleichwertigkeit.....	233
(2) Die materiell-rechtlichen und die verfahrensrechtlichen Anforderungen an den Grundrechtsschutz.....	233
bb. Die Vermutung der Konventionskonformität und ihre Widerlegbarkeit im Einzelfall.....	235
(1) Die Differenzierung zwischen gebundenen und Ermessensentscheidungen.....	235
(2) Die Widerlegbarkeit der Vermutung im Einzelfall.....	236
(3) Der Nachweis eines offensichtlich unzureichenden Grundrechtsschutzes.....	236
(4) Zwischenergebnis.....	238
3. Die Perspektive eines Beitritts der Europäischen Union zur EMRK.....	238
 C. Zusammenfassung: Der gemeinsame Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte, der nationalen Grundrechte und der Gewährleistungen der EMRK	239
 Teil 3: Der maßgebliche Schutzstandard im Anwendungsbereich des Unionrechts.....	243
 A. Die Bestimmungen des Grundrechtsstandards der Europäischen Union auf der Grundlage der gemeinsamen Verfassungstraditionen und der EMRK.....	244
I. Der Status als Rechtserkenntnisquellen für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	244
1. Die Methode der wertenden Rechtsvergleichung.....	246
2. Die Ermittlung des optimalen Grundrechtsstandards als Ziel der wertenden Rechtsvergleichung.....	247
II. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu den Gemeinschaftsgrundrechten	248
1. Die Bedeutung der gemeinsamen Verfassungstraditionen in der Grundrechtsjudikatur des Europäischen Gerichtshofs	249
a. Die Orientierung an den Gemeinsamkeiten der nationalen Grundrechtsordnungen	250
b. Der Rückgriff auf die EMRK bei divergierenden nationalen Schutzstandards	251

c. Keine Berücksichtigung einzelstaatlicher Grundrechts-standards	253
2. Die Bedeutung der EMRK in der Grundrechtsjudikatur des Europäischen Gerichtshofs	254
a. Die EMRK als zentrale Erkenntnisquelle für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	254
b. Die Kohärenz des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union und nach der EMRK trotz fortbestehender Schutzunterschiede	257
aa. Divergenzen zum konventionsrechtlichen Grundrechtsschutz in der Rechtsprechung des EuGH	258
(1) Der grundrechtliche Schutz von Geschäftsräumen	258
(2) Das Aussageverweigerungsrecht im gemeinschaftlichen Kartellverfahren	262
bb. Die Unbeachtlichkeit fortbestehender Schutzunterschiede nach der <i>Bosphorus</i> -Entscheidung des EGMR	266
III. Die Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	267
1. Die künftige Bedeutung des nationalen Grundrechtsschutzes	268
a. Die Auslegung der Charta im Einklang mit den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen (Artikel 52 Abs. 4 GRCh)	268
b. Keine Verankerung des höchsten mitgliedstaatlichen Schutzniveaus nach Artikel 53 GRCh	270
aa. Der Wortlaut von Artikel 53 GRCh	270
bb. Der systematische Zusammenhang von Artikel 53 GRCh	271
cc. Der historische Normzweck von Artikel 53 GRCh	272
dd. Zwischenergebnis	273
c. Die Berücksichtigung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten nach Artikel 52 Abs. 6 GRCh	274
aa. Die Entstehungsgeschichte von Artikel 52 Abs. 6 GRCh	274
bb. Der systematische Zusammenhang von Artikel 52 Abs. 6 GRCh	275
cc. Der dezentrale Schutz einzelner Unionsgrundrechte nach Maßgabe des nationalen Rechts	276
dd. Zwischenergebnis	278
2. Die künftige Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention	278
a. Die Kongruenzklausel des Artikels 52 Abs. 3 GRCh	279
aa. Die materielle Anbindung des Grundrechtsschutzes nach der Grundrechte-Charta an die EMRK	279
bb. Das Erfordernis eines Entsprechens der Konventions- und Charta-Rechte	281
cc. Die Zulässigkeit eines weitergehenden Schutzes	284
dd. Zwischenergebnis	284
b. Die Perspektive eines Beitritts der Europäischen Union zur EMRK	285

IV. Schlussfolgerung – Die Bestimmung eines kohärenten Grundrechtsstandards nur im Verhältnis zur EMRK	285
<i>B. Die Verdrängung des nationalen Grundrechtsschutzes durch den Vorranganspruch des Rechts der Union</i>	<i>286</i>
I. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts und der Vorranganspruch des Unionsrechts	287
II. Der Vorranganspruch des Unionsrechts und der nationale Grundrechtsschutz	289
1. Die Verdrängung eines zu schwachen Grundrechtsschutzes durch die vorrangige Pflicht zur Achtung der Unionsgrundrechte	290
2. Die Verdrängung eines schutzstärkeren Grundrechtsschutzes durch vorrangiges Sekundärrecht oder konkurrierende Grundfreiheiten und Unionsgrundrechte	291
3. Die verbleibenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung nationaler Grundrechte	293
III. Der Vorranganspruch des Unionsrechts und der nationale Grundrechtsschutz – die Perspektive des Vertrags von Lissabon ..	293
1. Artikel 53 GRCh als Ausnahme vom Vorrangprinzip zugunsten eines stärkeren Grundrechtsstandards auf nationaler Ebene?	294
a. Der Wortlaut von Artikel 53 GRCh	295
b. Die Entstehungsgeschichte von Artikel 53 GRCh	296
c. Artikel 53 GRCh als Gebot zur Optimierung des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes im europäischen Mehrebenensystem	297
2. Die Unanwendbarkeit des Vorrangs des Unionsrechts in den Fällen des Artikels 52 Abs. 6 GRCh	299
3. Zwischenergebnis	302
<i>C. Die bedingte Dezentralisierung des Grundrechtsschutzes im Anwendungsbereich des Unionsrechts</i>	<i>302</i>
I. Die eingeschränkte Kontrolle nationaler Abwägungsentscheidungen in der jüngeren Rechtsprechung des EuGH	304
1. Die Abwägung zwischen Grundrechten und Grundfreiheiten	304
a. Die Rechtssache <i>Schmidberger</i>	305
aa. Das Erfordernis einer umfassenden Abwägung von Grundrechten und Grundfreiheiten	305
bb. Die eingeschränkte Verhältnismäßigkeitskontrolle	306
cc. Die <i>Schmidberger</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz	307

b. Die Rechtssache <i>Omega</i>	308
aa. Der Verstoß gegen die Menschenwürde als Gefahr für die öffentliche Ordnung	309
bb. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme zum Schutz der Menschenwürde	310
cc. Die <i>Omega</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz	310
(1) Die mögliche Berücksichtigung der nationalen Grundrechte	311
(2) Die Maßgeblichkeit des nationalen Schutzstandards	312
(3) Die fehlende Bestimmung eines gemeinschaftlichen Schutzstandards und die Unanwendbarkeit des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	313
c. Die Rechtssache <i>Viking</i>	314
aa. Die Entscheidung des Gerichtshofs	315
(1) Die Arbeitskampfmaßnahmen der FSU	315
(2) Das Rundschreiben der ITF	316
bb. Die <i>Viking</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz	316
(1) Die eingeschränkte Kontrolle der Arbeitskampfmittel	317
(2) Die Maßgeblichkeit des nationalen Schutzstandards	318
(3) Die Deutung der <i>Viking</i> -Entscheidung unter Berücksichtigung von Artikel 28 GRCh	318
d. Die Rechtssache <i>Laval</i>	320
aa. Die Rechtfertigung der Arbeitskampfmaßnahmen aufgrund der Entsende-Richtlinie 96/71/EG	320
(1) Die Verhandlungen über den Arbeitslohn	321
(2) Die Verhandlungen über den Baurarifvertrag	321
bb. Die Vereinbarkeit der Arbeitskampfmaßnahmen mit der Dienstleistungsfreiheit	322
cc. Die <i>Laval</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz	323
(1) Die eingeschränkte Kontrolle der Arbeitskampfmittel	323
(2) Die umfassende Überprüfung der Streikziele	323
e. Zwischenergebnis	324
2. Der Ausgleich zwischen kollidierenden Grundrechten bei der Durchführung des europäischen Sekundärrechts	325
a. Die Rechtssache <i>Lindqvist</i>	326
aa. Die Entscheidung des Gerichtshofs	327
(1) Der Interessenausgleich auf gemeinschaftlicher und auf nationaler Ebene	327
(2) Die Pflicht der Mitgliedstaaten zur Herstellung eines angemessenen Interessenausgleichs	327
bb. Die <i>Lindqvist</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz	328
(1) Die Abgrenzung der Verantwortung für den Ausgleich konfligierender Grundrechte	328
(2) Die mögliche Berücksichtigung des nationalen Grundrechtsschutzes	329
b. Die Rechtssache <i>Promusicae</i>	330
aa. Die Entscheidung des Gerichtshofs	331
(1) Der Interessenausgleich auf gemeinschaftlicher und auf nationaler Ebene	332

(2) Die Pflicht der Mitgliedstaaten zur Herstellung eines angemessenen Interessenausgleichs	332
bb. Die <i>Promusicae</i> -Entscheidung und der nationale Grundrechtsschutz...	333
(1) Das Verhältnis zwischen der gemeinschaftlichen und der nationalen Abwägungsentscheidung	333
(2) Die Abwägung unter Berücksichtigung der nationalen Grundrechte ...	334
c. Zwischenergebnis	335
3. Schlussfolgerung – Umfassende Grundrechtsbindung aber differenzierte Grundrechtsanwendung	336
II. Dogmatische Grundlagen und Reichweite eines dezentralen und differenzierten Grundrechtsschutzes im Anwendungs- bereich des Unionsrechts	337
1. Die geteilte Verantwortung für die normative Ausgestaltung des Grundrechtsschutzes im Anwendungsbereich des Unionsrechts	338
a. Der Vorrang der grundrechtlichen Wertungs- entscheidungen des europäischen Gesetzgebers	338
aa. Unionsrechtlich nicht geregelte Sachverhalte	339
bb. Sekundärrechtliche Umsetzungsspielräume	340
cc. Zwingende sekundärrechtliche Vorgaben und die abschließende Bewertung der grundrechtlichen Konfliktlage	341
(1) Die Rechtssache <i>Roquette Frères</i>	342
(2) Die Rechtssache <i>Ordre des barreaux francophones et germanophone</i>	343
dd. Zwischenergebnis	345
b. Die Rücknahme der gerichtlichen Kontrolle von Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte	346
aa. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle von Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte in den Mitgliedstaaten	347
(1) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	347
(2) Die Rechtsprechung des Conseil constitutionnel	349
(3) Schlussfolgerung – Die eingeschränkte gerichtliche Kontrolle der normativen Ausgestaltung der Grundrechtsordnung	351
bb. Die Rechtsprechung des EuGH	352
(1) Die eingeschränkte Kontrolle nationaler Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte	353
(2) Die umfassende Kontrolle der unionsrechtlichen Grenzen des Beurteilungsspielraums zum Schutz der Grundrechte	354
c. Die Akzeptanz unterschiedlicher Abwägungsergebnisse und ihre Bedeutung für die Koordination des Grund- rechtsschutzes in der Europäischen Union	355
2. Die Einbeziehung nationaler Grundrechtsstandards in unionsrechtliche Interessensabwägungen	357
a. Der dezentrale Schutz einzelner Unionsgrundrechte nach Maßgabe des nationalen Rechts und seine Folgen	359

b. Dogmatische Grundlagen und Reichweite der Einbeziehung nationaler Grundrechtsstandards in unionsrechtliche Interessensabwägungen	361
aa. Einzelstaatliche Grundrechtsstandards in der Rechtsprechung des EGMR – die <i>margin-of-appreciation</i> -Doktrin	362
(1) Die unterschiedliche Ausgestaltung der nationalen Rechtsordnung	363
(2) Die Bewältigung schwieriger gesellschaftspolitischer Fragen mit einem starken moralischen oder religiösen Einschlag	364
(3) Zwischenergebnis	365
bb. Einzelstaatliche Schutzstandards in der Rechtsprechung des EuGH	366
(1) Übernahme des konventionsrechtlichen Beurteilungsspielraums	366
(2) Einzelstaatliche Wert- und Moralvorstellungen in der Dogmatik der Grundfreiheiten	367
(a) Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit und Ordnung....	367
(b) Nationale Entscheidungen in sozial- und gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen	368
(3) Der Schutz der menschlichen Gesundheit und des Lebens	370
(4) Zwischenergebnis	371
cc. Einzelstaatliche Grundrechtsstandards in der Grundrechte-Charta – die von Artikel 52 Abs. 6 GRCh erfassten Grundrechte	371
dd. Zwischenergebnis – Kriterien für die Maßgeblichkeit einzelstaatlicher Grundrechtsstandards.....	373
(1) Kein einheitlicher oder vereinheitlichter Grundrechtsstandard auf europäischer Ebene.....	374
(2) Maßnahmen mit starkem Bezug zu grundlegenden gesellschaftlichen Moral- und Wertvorstellungen.....	374
(3) Die Höchstrangigkeit der geschützten Rechtsgüter.....	375
(4) Die Verweise in einzelnen Charta-Rechten auf die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten	376
c. Die Koordination des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union durch eine begrenzte Einbeziehung nationaler Schutzstandards.....	376
III. Zwischenergebnis: Nationale Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts und die Koordination des Grundrechtsschutzes.....	379
1. Nationale Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts	379
2. Bewertung mit Blick auf die notwendige Koordination des Unionsrechts mit den Erfordernissen des nationalen Grundrechtsschutzes.....	380
D. Ergebnis: Die im Anwendungsbereich des Unionsrechts umfassende aber differenzierte Anwendung der Unionsgrundrechte	383

Praktische Zusammenfassung: Die Koordination des Grundrechtsschutzes im Anwendungsbereich des Unionsrechts aus Sicht des nationalen Richters	385
<i>A. Die Grundrechtsbindungen in der konkreten Entscheidungssituation</i>	<i>387</i>
I. Die Bindung an die Unionsgrundrechte	387
II. Die Bindung an die nationalen Grundrechte	387
III. Die Bindung an die EMRK	391
IV. Zwischenergebnis	392
<i>B. Der maßgebliche Schutzstandard in der konkreten Entscheidungssituation</i>	<i>392</i>
I. Die kongruente Bestimmung des unionsrechtlichen Grundrechtsstandards	393
II. Die Verdrängung des nationalen Grundrechtsschutzes durch vorrangiges Unionsrecht	394
III. Die Möglichkeit einer Berücksichtigung der nationalen Grundrechte nach der differenzierten Abwägungslösung des EuGH	396
1. Die differenzierte Abwägungslösung des EuGH	396
a. Die Berücksichtigung der Wertungen der nationalen Grundrechtsordnung im Rahmen unionsrechtlicher Interessensabwägungen	396
b. Die Einstellung nationaler Grundrechtsstandards in unionsrechtliche Abwägungsentscheidungen	397
2. Die praktische Anwendung der differenzierten Abwägungslösung	399
<i>C. Ergebnis</i>	<i>401</i>
 Zusammenfassung der Ergebnisse	403
 Literaturverzeichnis	411
 Sachverzeichnis	427